



**735 Bericht** von Markus M. Grabka und Christoph Halbmeier

## Vermögensungleichheit in Deutschland bleibt trotz deutlich steigender Nettovermögen anhaltend hoch

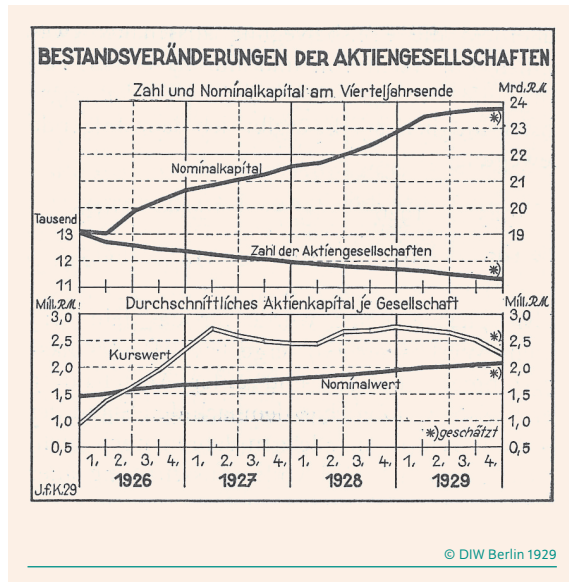
- Nettovermögen steigen zwischen 2012 und 2017 um 22 Prozent
- Insbesondere Immobilien und Betriebsvermögen legen an Wert zu
- Individuelles Nettovermögen in Westdeutschland doppelt so hoch wie in Ostdeutschland

**746 Interview** mit Markus M. Grabka

**748 Kommentar** von Jakob Mieth

## Geldwäscherichtlinie: Sonnenlicht ist das beste Desinfektionsmittel

### Die Konzentrationsbewegung



Der Kapitalmangel hat im Jahr 1929 die Konzentrationsbewegung beschleunigt. Zahlenmäßige Anhaltspunkte liegen freilich nur für die Aktiengesellschaften vor; es ist jedoch anzunehmen, daß sich bei den nicht aktienrechtlich organisierten Unternehmungen ähnliche Entwicklungstendenzen durchsetzen.

Die Zahl der Aktiengesellschaften hat im Jahr 1929 bis Ende Oktober um monatlich durchschnittlich 30 abgenommen (im Vorjahr um 21). Das gesamte Nominalkapital ist gleichzeitig gewachsen – neuerdings freilich nur noch sehr langsam –, so daß sich die Kapitalkraft der bestehenden Unternehmungen nominell beträchtlich erhöht hat. Ob allerdings eine entsprechende tatsächliche Anreicherung der Gesellschaften eingetreten ist, muß in Anbetracht der rückläufigen Aktienkurse bezweifelt werden. Denn für eine gleich große nominelle Kapitalerhöhung sind bei der Ausgabe neuer Aktien im 1929 erheblich geringere Beträge Erlöst worden als im Vorjahr.

Die Schwierigkeiten der Kapitalbeschaffung im Inland haben zahlreiche Unternehmungen veranlasst, Anlehnung an ausländische Firmen zu suchen. Die Stockung im Zufluß direkter Auslandsanleihen ist dadurch zu einem – freilich schwer schätzbaren – Teil ausgeglichen worden. Dabei ist aber zu beachten, daß direkte Kapitalbeteiligungen dem Ausland erheblich größeren Einfluß auf die deutsche Wirtschaftsführung einräumen, als dies bei der Aufnahme reiner Anleihen auf den ausländischen Kapitalmärkten der Fall wäre.

Aus dem Wochenbericht Nr. 38–40 vom 23. Dezember 1929

#### IMPRESSUM



DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.  
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin  
[www.diw.de](http://www.diw.de)  
Telefon: +49 30 897 89-0 Fax: -200  
86. Jahrgang 2. Oktober 2019

#### Herausgeberinnen und Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake; Prof. Dr. Tomaso Duso; Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.;  
Prof. Dr. Peter Haan; Prof. Dr. Claudia Kemfert; Prof. Dr. Alexander S. Kritikos;  
Prof. Dr. Alexander Kriwoluzky; Prof. Dr. Stefan Liebig; Prof. Dr. Lukas Menkhoff;  
Dr. Claus Michelsen; Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.; Prof. Dr. Jürgen Schupp;  
Prof. Dr. C. Katharina Spieß; Dr. Katharina Wrohlich

#### Chefredaktion

Dr. Gritje Hartmann; Dr. Wolf-Peter Schill

#### Lektorat

Prof. Dr. Peter Haan

#### Redaktion

Dr. Franziska Bremus; Rebecca Buhner; Claudia Cohnen-Beck;  
Dr. Anna Hammerschmid; Sebastian Kollmann; Bastian Tittor;  
Dr. Alexander Zerrahn

#### Vertrieb

DIW Berlin Leserservice, Postfach 74, 77649 Offenburg  
[leserservice@diw.de](mailto:leserservice@diw.de)  
Telefon: +49 1806 14 00 50 25 (20 Cent pro Anruf)

#### Gestaltung

Roman Wilhelm, DIW Berlin

#### Umschlagmotiv

© imageBROKER / Steffen Diemer

#### Satz

Satz-Rechen-Zentrum Hartmann + Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

#### Druck

USE gGmbH, Berlin

ISSN 0012-1304; ISSN 1860-8787 (online)

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an den Kundenservice des DIW Berlin zulässig ([kundenservice@diw.de](mailto:kundenservice@diw.de)).

Abonnieren Sie auch unseren DIW- und/oder Wochenbericht-Newsletter unter [www.diw.de/newsletter](http://www.diw.de/newsletter)

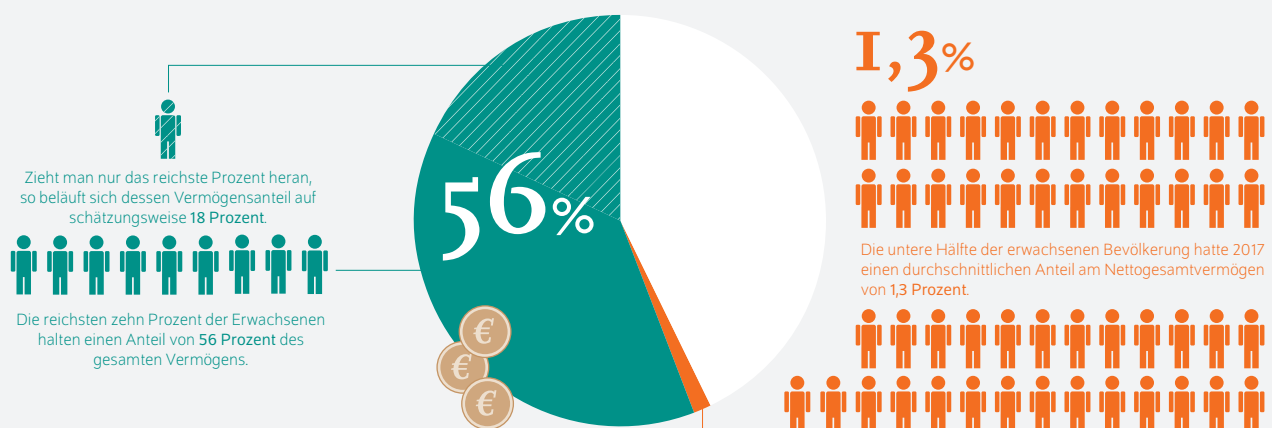
## Vermögensungleichheit in Deutschland bleibt trotz deutlich steigender Nettovermögen anhaltend hoch

Von Markus M. Grabka und Christoph Halbmeier

- Nettovermögen steigen nominal von 2012 bis 2017 im Schnitt um ein Fünftel
- Vermögensungleichheit in Deutschland verharrt im internationalen Vergleich auf hohem Niveau
- Vermögen in Westdeutschland im Schnitt doppelt so hoch wie im Osten
- Oberste Vermögensdezile halten besonders häufig Immobilien und Betriebsvermögen, die stark im Wert stiegen
- Staatliche Förderinstrumente müssen effizienter ausgestaltet und Beträge deutlich erhöht werden, um Vermögensungleichheit zu reduzieren

### Die reichsten zehn Prozent in Deutschland besitzen mehr als die Hälfte des Vermögens, die ärmere Hälfte verfügt nur über 1,3 Prozent

Anteil am Nettogesamtvermögen 2017



Quellen: SOEPv34, mit 0,1 Prozent Top-Coding; eigene Berechnungen.

Anmerkung: Individuelle Nettovermögen der Personen ab 17 Jahren in Privathaushalten, ohne Personen der Flüchtlingsamples M3 bis M5. Ohne den Wert von Kraftfahrzeugen und ohne die Restschuld von Ausbildungskrediten.

© DIW Berlin 2019

#### ZITAT

„Um die Vermögensungleichheit zu reduzieren, wird es nicht reichen, große Vermögen ein wenig zu besteuern. Statt eine Vermögensteuer einzuführen, sollte besser die Vermögensbildungspolitik neu ausgerichtet werden.“

— Markus M. Grabka —

#### MEDIATHEK



Audio-Interview mit Markus M. Grabka  
[www.diw.de/mediathek](http://www.diw.de/mediathek)

# Vermögensungleichheit in Deutschland bleibt trotz deutlich steigender Nettovermögen anhaltend hoch

Von Markus M. Grabka und Christoph Halbmeier

## ABSTRACT

Das private Vermögen in Deutschland hat sich im Zeitraum von 2012 bis 2017 im Schnitt um nominal 22 Prozent erhöht. Das individuelle Nettovermögen in Deutschland betrug im Jahr 2017 im Durchschnitt rund 108 500 Euro für Personen ab 17 Jahren. Der Medianwert, der die untere von der oberen Hälfte der Vermögensverteilung trennt, liegt dagegen nur bei 26 000 Euro. Den Vermögensanstieg trieben vor allem Wertsteigerungen beim Betriebsvermögen und bei Immobilien. Die Vermögensungleichheit verharrt seit zehn Jahren auf einem auch im internationalen Vergleich hohen Niveau: Die reichsten zehn Prozent besitzen mehr als die Hälfte des gesamten Vermögens. Um die Ungleichheit zu reduzieren, müsste die Vermögensbildungspolitik neu aufgestellt werden, mit höheren Fördersummen und einer Neuausrichtung der privaten Altersvorsorge, die sich an Ländern wie Schweden orientiert, oder mit einem staatlichen Mietkaufmodell.

Die Themen Vermögensungleichheit und Vermögensteuer als Instrument zur Bekämpfung dieser Ungleichheit haben in diesem Sommer in Politik und Medien wieder mal für viel Diskussionsstoff gesorgt, was sicherlich auch den Landtagswahlen in einigen ostdeutschen Ländern geschuldet war. Für viele geht gefühlt die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auf. Der Frage, ob die Vermögensungleichheit tatsächlich zunimmt, geht die vorliegende Studie nach, die bisherige Untersuchungen des DIW Berlin zur Vermögensungleichheit in Deutschland für den Zeitraum 2002 bis 2017 aktualisiert. 2017 ist das Jahr mit den aktuellsten verfügbaren sowie aufbereiteten Vermögensdaten (Kasten).<sup>1</sup> Unter die Lupe genommen werden in diesem Bericht sowohl die Entwicklung der Nettovermögen als auch die Verteilung über die Vermögensdezile<sup>2</sup>, Alterskohorten, Regionen (Ost/West) und Vermögenskomponenten sowie der Zusammenhang von Einkommen und Vermögen.

Empirische Grundlage sind die vom DIW Berlin in Zusammenarbeit mit Kantar erhobenen Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP).<sup>3</sup> Im Gegensatz zu anderen Bevölkerungsbefragungen, in denen das Vermögen lediglich auf Haushaltsebene erfasst wird,<sup>4</sup> wird im SOEP das Vermögen von allen Personen ab 17 Jahren eines Privathaushalts separat erfragt.<sup>5</sup>

<sup>1</sup> Vgl. Markus M. Grabka und Christian Westermeier (2014): Anhaltend hohe Vermögensungleichheit in Deutschland. DIW Wochenbericht Nr. 9, 151–165 (online verfügbar, abgerufen am 04.09.2019). Dies gilt auch für alle anderen Onlinequellen in diesem Bericht, sofern nicht anders vermerkt.

<sup>2</sup> Sortiert man die Bevölkerung nach der Höhe des Vermögens und teilt diese in zehn gleich große Gruppen auf, so erhält man Dezile. Das unterste (oberste) Dezil gibt die Vermögenssituation der ärmsten (reichsten) zehn Prozent der Bevölkerung an.

<sup>3</sup> Das SOEP ist eine repräsentative jährliche Wiederholungsbefragung privater Haushalte, die seit 1984 in Westdeutschland und seit 1990 auch in Ostdeutschland durchgeführt wird; vgl. Jan Goebel et al. (2019): The German Socio-Economic Panel (SOEP). *Journal of Economics and Statistics*, 239(2), 345–360 (DOI: <https://doi.org/10.1515/jbns-2018-0022>). Dem Bericht liegt die Version 10.5684/soep.v34 der SOEP Daten zugrunde.

<sup>4</sup> Vgl. die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) des Statistischen Bundesamtes (online verfügbar) oder die Studie „Private Haushalte und ihre Finanzen (PHF)“ der Deutschen Bundesbank (online verfügbar).

<sup>5</sup> Ausgeschlossen werden Personen der IAB-BAMF-SOEP-Stichprobe von Geflüchteten (M3 bis M5), bei denen bislang keine Vermögensinformationen erhoben wurden.

## Kasten

**Erfassung von Vermögen durch Befragungen**

Analysen der Vermögensverteilung auf Basis von bevölkerungsrepräsentativen Mikrodaten sind mit einer Reihe von methodischen und statistischen Problemen konfrontiert. In Bevölkerungsbefragungen werden Vermögensbestände gewöhnlich auf der Haushaltsebene erfasst.<sup>1</sup> Das SOEP weist hier eine methodische Besonderheit auf, da das individuelle Vermögen von jeder Befragungsperson ab einem Alter von 17 Jahren erhoben wird.<sup>2</sup> Damit lassen sich im Vergleich zu Haushaltsvermögen auch Unterschiede innerhalb von Haushalten oder Partnerschaften darstellen.

Ein Vergleich aggregierter Vermögensbestände auf Basis des SOEP mit den sektoralen und gesamtwirtschaftlichen Vermögensbilanzen des Statistischen Bundesamtes wird durch eine Reihe von Abgrenzungs- und Definitionsunterschieden erschwert. Erstens weist das Statistische Bundesamt die privaten Haushalte zusammen mit den privaten Organisationen ohne Erwerbszweck aus. Zweitens werden neben dem Gebrauchsvermögen auch weitere Vermögensarten ausgewiesen, die im SOEP nicht erhoben werden. Hierzu zählen das Bargeld, der Wert von Nutztieren und Nutzpflanzen, Ausrüstungen, immaterielle Anlagegüter, Ansprüche gegenüber privaten Krankenversicherungen, gewerbliche Kredite und gewerbliche Anteile von Wohnbauten. Drittens wird im SOEP generell der aktuelle Marktwert erfragt, während beim Statistischen Bundesamt Immobilien nach dem Wiederbeschaffungswert angesetzt werden. Der Marktwert weicht aber bei Bestandsimmobilien signifikant vom Wiederbeschaffungswert ab.

Ein Vergleich mit der Vermögenserhebung der Deutschen Bundesbank von 2017 (PHF) zeigt ein im Durchschnitt etwas höheres Nettohaushaltsvermögen im PHF mit rund 233 000 Euro im Vergleich zu rund 200 000 Euro im SOEP. Bis zum 60. Perzentil unterscheiden sich die Nettohaushaltsvermögen der beiden Datenquellen aber nahezu kaum. Oberhalb dessen weist das PHF etwas höhere Nettovermögen aus, was sich durch ein spezielles Oversampling von wohlhabenden Haushalten im PHF erklärt. Zieht man alternativ die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) des Statistischen Bundesamtes heran, so liegt das durchschnittliche Nettohaushaltsvermögen in der EVS aus der Erhebung 2018 mit rund 163 000 Euro deutlich unter dem des SOEP mit rund 200 000 Euro. Auch der Median fällt in der EVS mit rund 47 000 Euro deutlich geringer aus als im SOEP mit knapp 67 000 Euro.

Dem in Bevölkerungsumfragen verbreiteten Problem einer nicht aussagekräftigen Repräsentation hoher Einkommen und Vermögen wird im SOEP seit 2002 durch die Teilstichprobe „Einkommensstarke Haushalte“ verstärkt Rechnung getragen. Vor dem Hintergrund der hohen Ungleichheit in der personellen

Vermögensverteilung kommt dieser Teil-Stichprobe und der ausreichend großen Fallzahl reicher Haushalte im SOEP besondere Bedeutung zu.<sup>3</sup> Insbesondere kann der Zusammenhang zwischen Einkommens- und Vermögensverteilung auch für die Gruppe der Hocheinkommensbeziehenden detaillierter dargestellt werden, da Vermögensbestände, Vermögenseinkommen und Ersparnis vom verfügbaren Einkommen abhängen. Dennoch bleibt das Problem bestehen, dass besonders wohlhabende Personen in einer Stichprobe wie dem SOEP faktisch nicht vorkommen. Dies gilt insbesondere für Milliardäre und für Millionäre mit einem Vermögen in dreistelliger Millionenhöhe. Im Ergebnis bedeutet dies, dass das wahre Ausmaß an Vermögensungleichheit unterschätzt wird. Externe Statistiken zur Validierung dieser Unterschätzung, zum Beispiel eine Vermögensteuerstatistik, liegen in Deutschland aber nicht vor.

Die Schätzung des Verkehrswerts einer Immobilie im Rahmen einer Befragung ist schwierig, insbesondere wenn das Objekt ererbt oder bereits vor längerer Zeit gekauft wurde und die Befragten nicht über ausreichende aktuelle Marktkenntnis verfügen. Auch die Bewertung von Betriebsvermögen ist besonders schwierig. Vermögenswerte können im Gegensatz zu regelmäßigen Einkommen sehr volatil sein und damit die Bewertung zusätzlich erschweren. Dies führt wiederum, neben der generellen Sensitivität dieser Thematik, auch zu erhöhten Antwortverweigerungen oder zu fehlenden Angaben bei vermögensrelevanten Fragen.

Neben einer umfassenden Konsistenzprüfung der individuellen Angaben werden im SOEP alle fehlenden Vermögenswerte mittels multipler Imputation ersetzt.<sup>4</sup> Die Qualität der Imputation fällt dabei aufgrund der Verwendung von Längsschnittdaten im Rahmen der wiederholten Messung der Vermögenserfassung in den Jahren 2002, 2007, 2012 und 2017 besser aus, als dies bei nur einmaliger Erhebung der Fall ist.

Die hier präsentierten Vermögensangaben für die Jahre 2002 bis 2012 weichen von denen früherer Veröffentlichungen leicht ab.<sup>5</sup> Dies erklärt sich zum einen durch notwendige Revisionen der Gewichtungsfaktoren im SOEP als auch durch das verwendete Imputationsverfahren, bei dem mit jeder neuen Erhebungswelle mit Vermögensinformationen sämtliche fehlenden Werte auch rückwirkend neu imputiert werden und damit gegenüber der vorhergehenden Datenversion abweichen können.

<sup>1</sup> Vgl. die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) des Statistischen Bundesamtes (online verfügbar) oder die Studie „Private Haushalte und ihre Finanzen (PHF)“ der Deutschen Bundesbank (online verfügbar).

<sup>2</sup> Das von Kindern (Personen unter 17 Jahren) gehaltene Vermögen wird vernachlässigt, wobei davon auszugehen ist, dass dieses nur einen sehr geringen Anteil am Gesamtvermögen ausmacht.

<sup>3</sup> Vergleiche Jürgen Schupp et al. (2009): Zur verbesserten Erfassung von Haushaltsnettoeinkommen und Vermögen in Haushaltssurveys. In: Thomas Druyen, Wolfgang Lauterbach und Matthias Grundmann (Hrsg.): Reichtum und Vermögen – Zur gesellschaftlichen Bedeutung der Reichtums- und Vermögensforschung. Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften, 85–96.

<sup>4</sup> Markus M. Grabka und Christian Westermeier (2015): Editing and Multiple Imputation of Item-Non-Response in the Wealth Module of the German Socio-Economic Panel. SOEP Survey papers Series C, No. 272, Berlin: DIW Berlin.

<sup>5</sup> Vgl. Markus M. Grabka und Christian Westermeier (2014): Anhaltend hohe Vermögensungleichheit in Deutschland. DIW Wochenbericht Nr. 9, 151–165.

Tabelle 1

Vermögensverteilung<sup>1</sup> in Deutschland

	Individuelle Nettovermögen												Inklusive dem Wert von Kraftfahrzeugen und nach Abzug von Studienkrediten		
	untere Grenze	2002	obere Grenze	untere Grenze	2007	obere Grenze	untere Grenze	2012	obere Grenze	untere Grenze	2017	obere Grenze	untere Grenze	2017	obere Grenze
Gini-Koeffizient	0,768	0,776	0,784	0,790	0,799	0,809	0,769	0,779	0,790	0,769	0,779	0,789	0,749	0,759	0,769
Perzentilsverhältnisse															
p90/p50	13,4	14,1	14,6	13,3	14,5	15,9	11,4	12,8	14,2	12,0	13,2	14,0	9,8	10,5	11,2
p75/p50	6,4	6,6	6,9	5,8	6,4	6,9	5,2	5,9	6,5	5,8	6,1	6,5	4,8	5,0	5,2
Mittelwert in Euro	77 721	80 469	83 233	78 417	82 189	85 948	81 126	84 530	87 933	98 745	102 868	107 026	104 246	108 449	112 620
Perzentile in Euro															
p99	723 280	767 952	823 932	740 579	812 943	888 565	782 080	839 408	899 442	928 876	1 035 000	1 153 155	941 178	1 045 680	1 167 932
p95	310 922	323 941	335 968	308 572	324 148	340 145	315 676	331 800	349 719	389 606	406 365	427 219	400 576	419 766	437 215
p90	205 187	211 867	218 737	201 147	209 789	218 551	210 813	219 100	226 544	254 388	263 500	273 594	267 511	275 770	284 490
p75	95 346	99 568	102 000	88 285	92 482	96 647	97 616	100 190	103 558	118 957	122 792	126 609	125 396	130 040	134 269
Median	14 470	15 000	15 808	13 133	14 520	15 654	15 159	17 120	19 101	18 671	20 010	21 967	24 528	26 260	28 116
p25	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1 259	1 590	2 131
p10	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
p5	-2 914	-1 920	-887	-4 656	-3 960	-3 119	-4 504	-3 718	-2 791	-3 665	-3 000	-2 239	-2 688	-2 044	-1 577
p1	-22 698	-20 255	-18 293	-33 594	-30 000	-24 925	-27 551	-24 374	-20 953	-26 661	-23 107	-19 441	-23 246	-20 360	-18 140
Anteil der Personen mit einem Nettovermögen unter 0 Euro in Prozent	5,3	5,7	6,2	7,1	7,7	8,3	7,1	7,6	8,0	6,4	6,9	7,3	5,9	6,4	6,9
Anteil der Personen mit einem Nettovermögen gleich 0 Euro in Prozent	21,2	21,9	22,6	19,5	20,3	21,1	18,9	19,7	20,4	21,4	22,1	22,9	14,0	14,5	15,1
Nettovermögen <sup>2</sup> insgesamt in Mrd. Euro		5 775			5 918			5 920			7 390			7 776	

1 Individuelle Nettovermögen der Personen ab 17 Jahren in Privathaushalten, ohne Personen der Flüchtlingssamples M3 bis M5.

2 Ohne Top-Coding.

Anmerkungen: Statistisch signifikante Veränderungen gegenüber dem jeweiligen Erhebungsjahr zuvor sind grün markiert. Untere bzw. obere Grenze geben die Schwellenwerte eines 95-Prozent-Konfidenzintervalls an.

Quelle: SOEPv34, mit 0,1 Prozent Top-Coding; eigene Berechnungen.

Zehn verschiedene Vermögenskomponenten werden im SOEP erhoben: (1) selbstgenutztes Wohneigentum, (2) sonstiger Immobilienbesitz (unter anderem unbebaute Grundstücke, Ferien- und Wochenendwohnungen), (3) Geldvermögen (Sparguthaben, Spar- und Pfandbriefe, Aktien und Investmentanteile), (4) Vermögen aus privaten Versicherungen (Lebens- und private Rentenversicherungen einschließlich sogenannter Riester-Verträge), (5) Bausparguthaben, (6) Betriebsvermögen (Besitz von Einzelunternehmen und Beteiligung an Personen- oder Kapitalgesellschaften; nach Abzug von betrieblichen Verbindlichkeiten), (7) Sachvermögen in Form wertvoller Sammlungen wie Gold, Schmuck, Münzen oder Kunstgegenstände sowie Verbindlichkeiten in Form von (8) Hypothekenkrediten auf selbstgenutzte Immobilien, (9) Hypothekenkrediten auf sonstige Immobilien als auch (10) Konsumentenkrediten. Im Jahr 2017 wurden erstmals zwei weitere Vermögenskomponenten erfragt: der Wert von Kraftfahrzeugen und die Höhe der Restschuld aus Ausbildungs- beziehungsweise Studienkrediten.

Werden die Verbindlichkeiten vom Bruttovermögen abgezogen, ergibt sich das wohlfahrtsökonomisch relevante Nettogesamtvermögen, das üblicherweise für Analysen zur persönlichen Vermögensverteilung herangezogen wird. Folgende

Vermögenskomponenten bleiben hingegen beim hier analysierten Nettovermögen ausgeblendet: das Bargeld, der Wert des Hausrats (ohne Kraftfahrzeuge), der Wert von Nutztieren und Nutzpflanzen, Ausrüstungen, immaterielle Anlagegüter, Ansprüche gegenüber privaten Krankenversicherungen, Verbindlichkeiten aufgrund gewerblicher Kredite und gewerbliche Anteile von Wohnbauten als auch Anwartschaften an Alterssicherungssysteme.<sup>6</sup>

**Nettovermögen wächst seit 2012 um mehr als 20 Prozent**

Das individuelle durchschnittliche Nettovermögen lag nominal im Jahr 2017 bei mehr als 108 000 Euro (Tabelle 1 letzte Spalte).<sup>7</sup> Der Median der Vermögensverteilung, also der Wert, der die reichsten 50 Prozent der Bevölkerung von der ärmeren Hälfte trennt, lag mit rund 26 000 Euro oder einem Viertel wesentlich niedriger als der Durchschnitt, was auf

<sup>6</sup> Berücksichtigt man das Alterssicherungsvermögen, verdoppelt sich das Nettogeld- und -sachvermögen in Deutschland. Vgl. Timm Bönke et al. (2018): The joint distribution of net worth and pension wealth in Germany. Review of income and wealth, (online verfügbar, DOI: 10.1111/roiw.12371).

<sup>7</sup> Das Nettogesamtvermögen des SOEP fällt im Vergleich zur Vermögensbilanz des Statistischen Bundesamtes geringer aus. Zu den Unterschieden der Abgrenzung als auch der Vermögensmessung siehe Kästen.

eine hohe ungleiche Verteilung hinweist. Rund 15 Prozent aller Erwachsenen verfügten über kein persönliches Vermögen – bei sechs Prozent waren die Verbindlichkeiten sogar höher als das Bruttovermögen. Wer zum reichsten Zehntel der Bevölkerung ab 17 Jahren gehört, besitzt ein nominales Nettovermögen von mehr als 275 000 Euro, beim reichsten Prozent liegt der Schwellenwert bei etwas mehr als einer Million Euro.<sup>8</sup>

Für einen Vergleich des Nettovermögens über die Zeit wird der Wert von Kraftfahrzeugen und die Restschuld von Ausbildungskrediten aus den Angaben des Jahres 2017 herausgerechnet, da diese erstmals im Jahr 2017 erhoben wurden. Das individuelle Nettovermögen im Jahr 2017 fällt ohne diese beiden Vermögenskomponenten mit 103 000 Euro um etwa 5 000 Euro niedriger aus.

Von 2002 bis 2012 zeigen sich über die Verteilung hinweg nur leichte Veränderungen.<sup>9</sup> Anders verhält es sich jedoch für den Zeitraum von 2012 bis 2017: Das durchschnittliche individuelle Nettovermögen legte nominal um knapp 22 Prozent signifikant zu. Diese relative Veränderung betraf nahezu die gesamte Verteilung mit Ausnahme derjenigen mit einem Vermögen von null, während die absolute Zunahme vor allem in der oberen Hälfte der Vermögensverteilung stattfand.

### Vermögensungleichheit verharrt auf hohem Niveau

Ein Standardmaß zur Messung von Vermögensungleichheit ist der Gini-Koeffizient. Je höher der Wert ist, desto ausgeprägter ist die gemessene Ungleichheit.<sup>10</sup> Von 2002 bis 2007 stieg der Gini-Koeffizient von 0,776 auf 0,799 signifikant. Seitdem verharrt die Vermögensungleichheit auf einem hohen Niveau, vor allem im Vergleich zur Einkommensverteilung, wo der Gini-Koeffizient der bedarfsgewichteten verfügbaren Haushaltseinkommen bei knapp 0,3 liegt.<sup>11</sup> Wird beim Vermögen der Wert von Kraftfahrzeugen berücksichtigt und die Restschulden von Ausbildungskrediten abgezogen, fällt der Gini-Koeffizient im Jahr 2017 mit 0,759 nur geringfügig kleiner aus als ohne diese Komponenten. Im internationalen

<sup>8</sup> Hierbei ist zu beachten, dass das SOEP wie andere derartige Studien den oberen Rand der Vermögensverteilung nicht vollständig abdeckt und damit unterschätzt, da Milliardäre oder Multimillionäre nicht oder nur unzureichend in der Stichprobe enthalten sind.

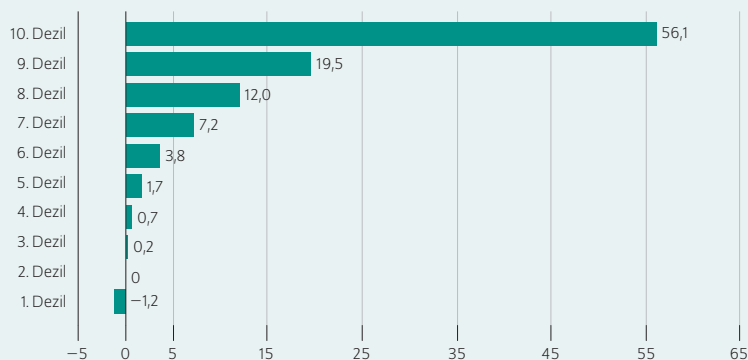
<sup>9</sup> Allerdings sind in diesem Zeitraum real, also nach Abzug der Inflation, die Nettovermögen in Deutschland sogar gesunken, vgl. hierzu Markus M. Grabka und Christian Westermeier (2015): Reale Nettovermögen der Privathaushalte in Deutschland sind von 2003 bis 2013 geschrumpft. DIW Wochenbericht Nr. 34, 727–738 (online verfügbar).

<sup>10</sup> Zum Gini-Koeffizienten vgl. auch DIW Glossar. Bei durchgängig positiven Vermögensbeständen liegt der Gini-Koeffizient zwischen 0 und 1. Ein Wert von 0 bedeutet, dass alle Personen genau das gleiche Vermögen haben. Ein Wert von 1 dagegen bedeutet, dass eine Person das gesamte Vermögen besitzt und alle anderen nichts haben. Tatsächlich kann indes das Nettovermögen auch negativ sein. Im Jahr 2017 traf dies bei gut sechs Prozent der Erwachsenen in Deutschland zu. Der Gini-Koeffizient könnte dann im Extremfall auch Werte oberhalb von 1 annehmen.

<sup>11</sup> Vgl. Markus M. Grabka, Jan Goebel und Stefan Liebig (2019): Wiederanstieg der Einkommensungleichheit – aber auch deutlich steigende Realeinkommen. DIW Wochenbericht Nr. 19, 343–353 (online verfügbar).

Abbildung 1

### Verteilung des Nettovermögens nach Dezilen Anteile am Nettogesamtvermögen 2017



Anmerkung: Individuelle Nettovermögen der Personen ab 17 Jahren in Privathaushalten, ohne Personen der Flüchtlings-samples M3 bis M5.

Quelle: SOEPv34, mit 0,1 Prozent Top-Coding; eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2019

Die reichsten zehn Prozent der Bevölkerung halten einen Anteil am Gesamtvermögen von 56 Prozent.

Vergleich ist Deutschland eines der Länder im Euroraum mit der höchsten Vermögensungleichheit.<sup>12</sup>

Ein alternatives Verteilungsmaß ist das 90/50-Dezilverhältnis, das die untere Vermögensgrenze der reichsten zehn Prozent der Bevölkerung auf den Median der Vermögensverteilung bezieht. Diese Kennziffer gibt also das Vielfache des Vermögens „reicher“ Personen im Verhältnis zum Mittelpunkt der Vermögensverteilung an. Im Jahr 2017 hatte die „ärmste“ Person innerhalb der Top-Zehn-Prozent-Gruppe mehr als zehnmals so viel Vermögen wie die Person in der Mitte der Verteilung. Gegenüber den Vorjahren hat sich dieser Wert nur geringfügig geändert.

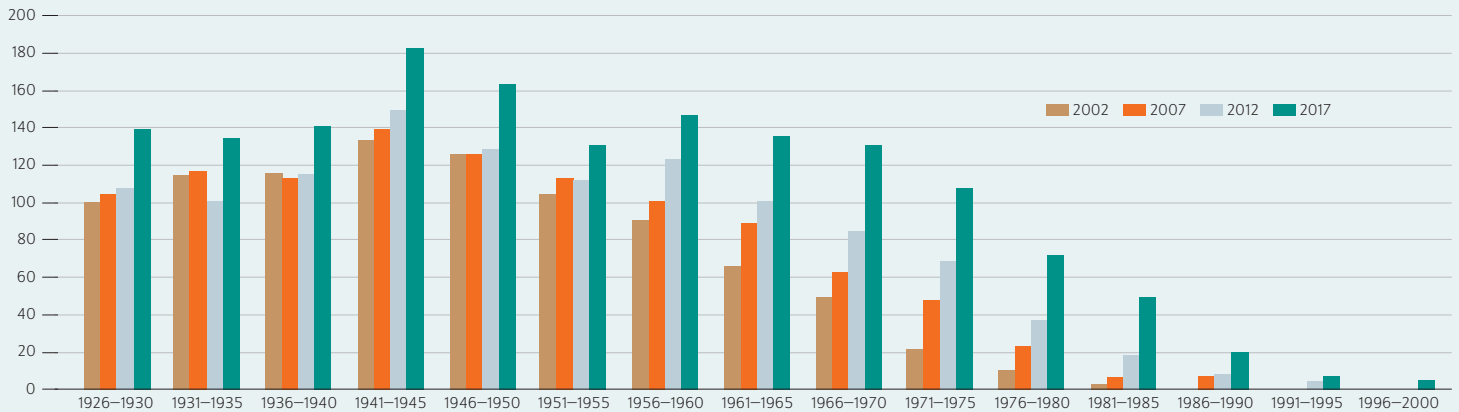
### Den reichsten zehn Prozent der Bevölkerung gehören 56 Prozent des Gesamtvermögens

Die Vermögenskonzentration kann auch durch den Anteil am deutschen Gesamtvermögen beschrieben werden (Abbildung 1). So hatte im Jahr 2017 die untere Hälfte der Bevölkerung ab 17 Jahren einen durchschnittlichen Anteil am Nettogesamtvermögen von 1,3 Prozent. Am oberen Ende der Verteilung halten die reichsten zehn Prozent einen Anteil von 56 Prozent des Gesamtvermögens. Zieht man nur das reichste Prozent heran, so beläuft sich deren Vermögensanteil

<sup>12</sup> Innerhalb des Euroraums weist Deutschland damit neben Lettland und Irland die höchste Vermögensungleichheit auf. So liegt der Gini-Koeffizient für Frankreich bei 0,68 und für Italien und Belgien bei 0,60. Vgl. European Central Bank (2017): The Household Finance and Consumption Survey. Wave 2. Statistical tables. April (online verfügbar). Die relativ geringe Vermögensungleichheit in südeuropäischen Ländern erklärt sich unter anderem durch einen höheren Anteil von BesitzerInnen einer selbstgenutzten Immobilie im Vergleich zu Deutschland. Höher als in Deutschland ist die Vermögensungleichheit in den USA (Gini-Koeffizient 0,877 für das Jahr 2016). Vgl. Edward N. Wolff (2017): Household Wealth Trends in the United States, 1962 to 2016: Has Middle Class Wealth Recovered? NBER Working Paper No. 24085 (online verfügbar).

Abbildung 2

### Durchschnittliche individuelle Nettovermögen nach Geburtskohorten In Tausend Euro



Anmerkungen: Individuelle Nettovermögen der Personen ab 17 Jahren in Privathaushalten, ohne Personen der Flüchtlings-samples M3 bis M5. Ohne den Wert von Kraftfahrzeugen und ohne der Restschuld von Ausbildungskrediten.

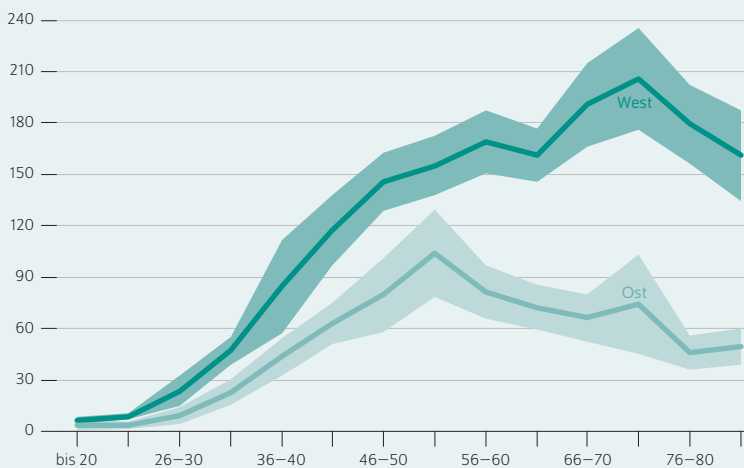
Quelle: SOEPv34, mit 0,1 Prozent Top-Coding; eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2019

Das Nettovermögen der 1966 bis 1970 Geborenen ist in den vergangenen Jahren am stärksten gewachsen – zwischen 2012 und 2017 um 46 000 Euro.

Abbildung 3

### Individuelle Nettovermögen nach Region und Alter In Tausend Euro im Jahr 2017



Anmerkungen: Individuelle Nettovermögen der Personen ab 17 Jahren in Privathaushalten, ohne Personen der Flüchtlings-samples M3 bis M5. Die unterlegte Fläche gibt ein 95-Prozent-Konfidenzintervall an.

Quelle: SOEPv34, mit 0,1 Prozent Top-Coding; eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2019

Das individuelle Nettovermögen ist in Westdeutschland in allen Altersgruppen höher als in Ostdeutschland.

auf schätzungsweise 18 Prozent. Dies ist ungefähr so viel, wie die ärmsten 75 Prozent der Bevölkerung zusammen an Vermögen halten.

Bei der Interpretation dieser Ergebnisse muss beachtet werden, dass eine bevölkerungsrepräsentative Stichprobe wie das SOEP den Bereich sehr hoher Vermögen tendenziell untererfasst und somit das Ausmaß der tatsächlich in Deutschland vorhandenen Vermögensungleichheit unterschätzt. Vermutlich ist es in den vergangenen zehn Jahren zu einem Anstieg der Vermögensungleichheit gekommen, da die Zahl der Vermögensmillionäre seit 2008 um 69 Prozent oder gut 550 000 Personen zugenommen hat.<sup>13</sup>

### Individuelle Vermögensposition stark abhängig von Alter, Region und Einkommen

Ein Vergleich der Vermögensbestände nach Geburtskohorten zeigt ein deutliches Lebenszyklusbild (Abbildung 2). Bis zu einem Alter von 25 Jahren verfügen junge Erwachsene über sehr geringes oder gar kein Vermögen. Mit Abschluss der Ausbildungsphase und dem Eintritt in das Erwerbsleben besteht die Möglichkeit, zu sparen und eigenes Vermögen aufzubauen. Mit zunehmendem Lebensalter steigt das durchschnittliche Nettovermögen deutlich. Mit dem Übergang in die Rentenphase geht das Vermögen leicht zurück, weil Lebensversicherungen ausgezahlt und Vermögen verzehrt werden, um das wegfallende Erwerbseinkommen zu

<sup>13</sup> Vgl. Cappgemini (2019): World Wealth Report 2019; und Cappgemini und Merrill Lynch Wealth Management (2009): World Wealth Report 2009. Dem Problem einer Untererfassung von Top-Vermögenden wird aktuell im SOEP durch die Befragung von Personen aus dem obersten Vermögensbereich Rechnung getragen. Mit ersten Befragungsergebnissen ist im Jahr 2020 zu rechnen.



kompensieren. In der mittleren Ruhestandsphase steigt dann signifikant die Wahrscheinlichkeit von Erbschaften oder Schenkungen, sowohl durch die Elterngeneration als auch durch Ehe- und LebenspartnerInnen. Im höheren Rentenalter findet tendenziell ein Entsparen statt, weil sowohl private Ausgaben für Krankheit und Pflege steigen als auch vermehrt Schenkungen an Dritte getätigt werden.

Die Geburtskohorte der zwischen 1966 und 1970 Geborenen hat zwischen 2012 und 2017 mit 46 000 Euro den größten Vermögenszuwachs erzielt (im Jahr 2017 waren diese Personen zwischen 47 und 51 Jahren alt).

### Westdeutsche mit durchschnittlich höheren Nettovermögen als Ostdeutsche

Das individuelle Nettovermögen in Westdeutschland ist im Durchschnitt mit 121 500 Euro mehr als doppelt so hoch wie in Ostdeutschland mit 55 000 Euro (Abbildung 3). Mit zunehmendem Lebensalter nimmt zudem auch der Vermögensabstand zwischen Ost- und Westdeutschland zu: Während im Jahr 2017 bei den 21- bis 25-Jährigen diese Differenz bei 5 000 Euro liegt, beträgt sie bei den 51- bis 55-Jährigen 51 000 Euro und erreicht seinen höchsten Unterschied bei den 76- bis 80-Jährigen mit 133 000 Euro.

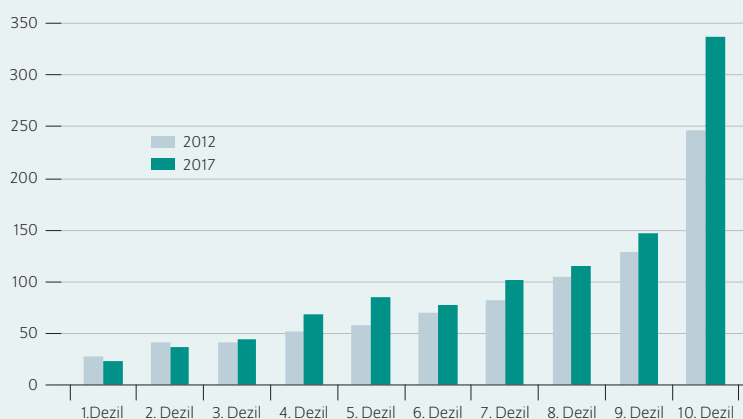
Die große Differenz insbesondere im höheren Lebensalter erklärt sich aus den wenigen Sparmöglichkeiten zu DDR-Zeiten, einem niedrigen Lohnniveau nach der Wiedervereinigung, durch geringe Marktwerte von Immobilien in weiten Teilen Ostdeutschlands sowie kleineren Anteilen an Haus- und Wohnungseigentum im Vergleich zu Westdeutschland.

### Je höher das Haushaltseinkommen, desto höher das Vermögen

Neben Wertsteigerungen, Erbschaften und Schenkungen zählt das Sparen zu den wichtigsten Quellen für den Vermögensaufbau. Die Höhe des Sparbetrags ist dabei im Wesentlichen abhängig von der Höhe des verfügbaren Einkommens. Im Folgenden wird das bedarfsgewichtete Haushaltsnettoeinkommen in Beziehung gesetzt zum Nettovermögen (Abbildung 4). Legt man bei der Einteilung der Dezile nicht das individuelle Nettovermögen, sondern das Haushaltsnettoeinkommen zugrunde, zeigt sich zunächst wenig überraschend, dass je höher das Einkommen ist, desto höher auch das Nettovermögen ausfällt. Vergleicht man die beiden Zeitpunkte 2012 und 2017 miteinander, so hat sich in den beiden untersten Einkommensdezilen das bereits vergleichsweise geringe Nettovermögen dieser Personen um nominal 3 500 bis etwa 5 000 Euro reduziert.<sup>14</sup> Ab dem dritten Einkommensdezil zeigen sich nennenswerte Zuwächse, die aber je nach Position unterschiedlich stark ausfallen. So beläuft sich der Zuwachs in den Dezilen drei, acht und neun

Abbildung 4

### Durchschnittliche individuelle Nettovermögen<sup>1</sup> nach Dezilen des Haushaltsnettoeinkommens In Tausend Euro für die Jahre 2012 und 2017



1 Individuelle Nettovermögen der Personen ab 17 Jahren in Privathaushalten, ohne Personen der Flüchtlingsamples M3 bis M5.

Anmerkungen: Haushaltsnettoeinkommen bedarfsgewichtet mit der modifizierten OECD-Skala.

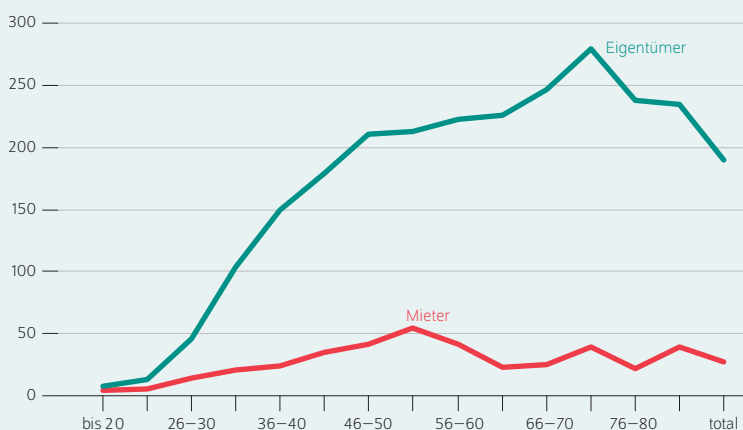
Quelle: SOEPv34, mit 0,1 Prozent Top-Coding; eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2019

Bei einer Einteilung der Dezile nach Haushaltsnettoeinkommen statt nach Vermögen zeigt sich, dass in den unteren Einkommensdezilen das Vermögen seit 2012 gesunken ist.

Abbildung 5

### Individuelle Nettovermögen nach Alter und Eigentümerstatus In Tausend Euro für das Jahr 2017



Anmerkungen: Individuelle Nettovermögen der Personen ab 17 Jahren in Privathaushalten, ohne Personen der Flüchtlings-samples M3 bis M5.

Quelle: SOEPv34, mit 0,1 Prozent Top-Coding; eigene Berechnungen.

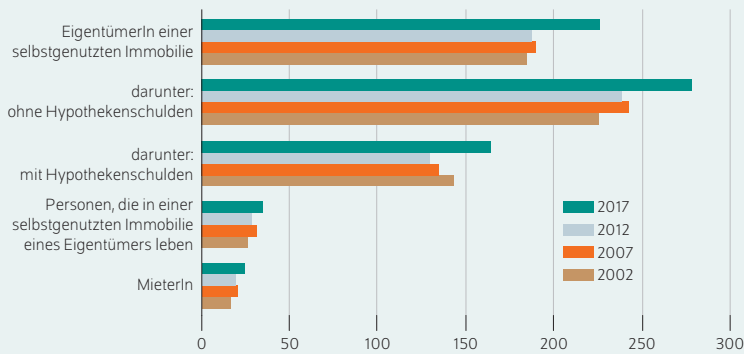
© DIW Berlin 2019

Das Nettovermögen der Personen in Eigentümerhaushalten ist in allen Altersgruppen größer als bei solchen in Mieterhaushalten.

<sup>14</sup> Dabei werden in den Jahren 2012 und 2017 nicht die identischen Personen miteinander verglichen, sondern das Vermögen der Personen aus dem jeweiligen Einkommensdezil des Jahres 2012 verglichen mit den Personen des Einkommensdezils aus dem Jahr 2017. Für intrapersonelle Vermögensveränderungen über die Zeit vgl. Grabka und Westermeier (2015), a. a. O.

Abbildung 6

**Individuelle Nettovermögen nach Eigentümerstatus**  
In Tausend Euro in den Jahren 2002 bis 2017



Anmerkungen: Individuelle Nettovermögen der Personen ab 17 Jahren in Privathaushalten, ohne Personen der Flüchtlings-samples M3 bis M5, ohne den Wert von Kraftfahrzeugen und ohne die Restschuld von Ausbildungskrediten.

Quelle: SOEPv34, mit 0,1 Prozent Top-Coding; eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2019

ImmobilienbesitzerInnen ohne Hypothekenrestschulden hatten im Jahr 2017 ein durchschnittliches Nettovermögen von knapp 280 000 Euro.

auf rund zehn Prozent, im siebten Dezil auf annähernd ein Viertel und in den Dezilen vier, fünf und zehn auf mehr als ein Drittel. Der absolute Zuwachs ist im obersten Dezil mit 90 000 Euro am höchsten. Dies bedeutet im Ergebnis, dass sich bei einer gemeinsamen Betrachtung von Einkommen und Vermögen die Vermögenssituation in den beiden einkommensschwächsten Dezilen verschlechtert hat, während gleichzeitig im einkommensstärksten Dezil signifikante Zuwächse beim Vermögen stattfanden.

**Immobilienbesitz erhöht das Vermögen beträchtlich**

Der Anteil der Personen, die zur Miete wohnen, ist in Ostdeutschland höher als in Westdeutschland. Gerade ImmobilienbesitzerInnen erzielten aber in den vergangenen Jahren deutliche Wertsteigerungen. Daher lohnt eine Analyse der Vermögen nach Eigentümerstatus (Abbildung 5).

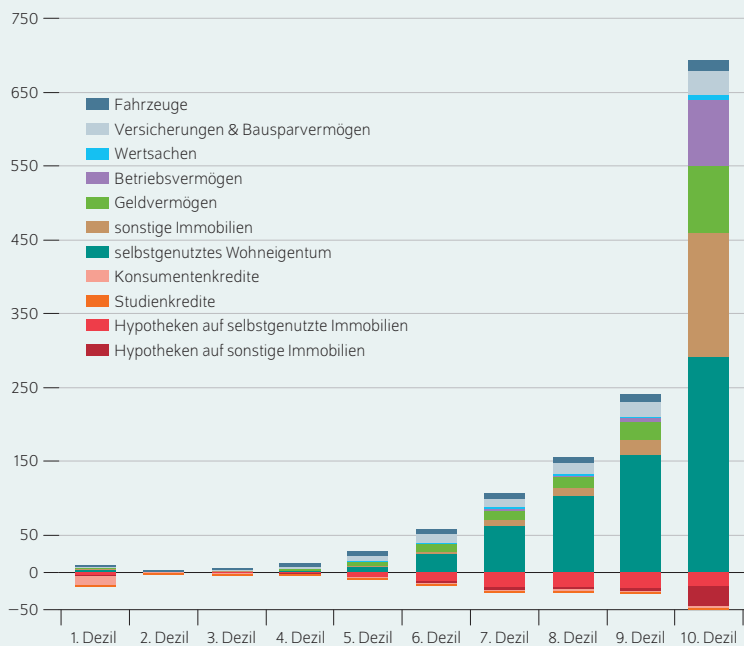
Beide Gruppen unterscheiden sich signifikant in der Höhe der Nettovermögen. Zudem steigt die Höhe des Nettovermögens im Altersverlauf bei EigentümerInnen weitaus stärker als bei MieterInnen. Das individuelle Nettovermögen erreicht mit einem Wert von knapp 280 000 Euro bei EigentümerInnen im Alter von 71 bis 75 Jahren seinen Höchststand. Bei MieterInnen wird im Durchschnitt der Maximalwert von 55 000 Euro bereits im Alter von 51 bis 55 Jahren erreicht. Der Unterschied zwischen den beiden Statusgruppen erklärt sich vor allem daraus, dass ImmobilienbesitzerInnen, die eine Hypothek aufgenommen haben, sich durch regelmäßige Rückzahlungen vertraglich verpflichten, über einen langen Zeitraum Vermögen aufzubauen, während dieser Zwang bei Mieterhaushalten nicht vorliegt und ein nennenswerter Anteil des Einkommens für Miete verbraucht wird.<sup>15</sup>

Wichtig ist es daher zu betrachten, inwiefern BesitzerInnen von selbstgenutzten Immobilien noch mit Hypothekenkrediten belastet sind. Der Anteil der BesitzerInnen einer selbstgenutzten Immobilie liegt im Jahr 2017 bei knapp 39 Prozent. Etwas mehr als die Hälfte von ihnen lebt in einer voll entschuldeten Immobilie (Abbildung 6). Ihr Nettovermögen liegt im Jahr 2017 bei knapp 280 000 Euro. Liegen noch Hypotheken auf der Immobilie, so berichten diese EigentümerInnen über ein durchschnittliches Nettovermögen von 164 000 Euro. Personen, die zwar in einer selbstgenutzten Immobilie leben, aber selbst kein Eigentum daran halten (elf Prozent der Bevölkerung, in der Regel Kinder im Haushalt oder ein/e Ehe-/PartnerIn), weisen ein individuelles Nettovermögen von rund 35 000 Euro auf. Personen, die zur Miete wohnen – immerhin in Deutschland die Hälfte der gesamten erwachsenen Bevölkerung –, haben durchschnittlich ein Nettovermögen von etwa 24 000 Euro. Stagnierte zwischen 2002 und 2012 noch das Nettovermögen beider Gruppen, wirken sich ab dem Jahr 2012 Wertsteigerungen von Immobilien positiv auf die Nettovermögen der EigentümerInnen aus (siehe Kasten).

<sup>15</sup> Darüber hinaus unterscheiden sich die beiden Statusgruppen unter anderem in der Familienkonstellation und dem Haushaltseinkommen.

Abbildung 7

**Vermögensportfolio nach Dezilen des Nettovermögens**  
In Tausend Euro für das Jahr 2017



Anmerkungen: Individuelle Nettovermögen der Personen ab 17 Jahren in Privathaushalten, ohne Personen der Flüchtlings-samples M3 bis M5.

Quelle: SOEPv34, mit 0,1 Prozent Top-Coding; eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2019

Die quantitativ wichtigste Vermögenskomponente stellt der selbstgenutzte Immobilienbesitz dar.

## Immobilien sind die quantitativ wichtigste Vermögenskomponente

Die Betrachtung reiner Nettogrößen verdeckt im Allgemeinen wichtige Strukturunterschiede, sowohl bezüglich der Zusammensetzung des Vermögens als auch im Hinblick auf eventuelle Verbindlichkeiten. So kann ein niedriges Nettovermögen das Ergebnis eines hohen Bruttovermögens bei gleichzeitig hohem Schuldenstand sein (zum Beispiel bei jungen Familien kurz nach dem Erwerb eines mit Hypotheken belasteten Eigenheims), oder es kann schlicht ein niedriges Geldvermögen ausdrücken.

Daher wird im Folgenden die Zusammensetzung des Vermögens nach Dezilen des Nettovermögens betrachtet (Abbildung 7). Im untersten Dezil ist das Nettovermögen negativ, da diese Personen insbesondere Restschulden aus Konsumentenkrediten in einer Höhe von im Schnitt 13 000 Euro aufweisen; Bruttovermögen liegen dagegen in diesem Dezil häufig vor. Im zweiten und dritten Dezil liegen indes nahezu keine Bruttovermögen vor. Das vierte Dezil wird geprägt durch private Versicherungen und Geldvermögen, während gleichzeitig kaum Verbindlichkeiten vorhanden sind. Ab dem fünften Dezil gewinnt der selbstgenutzte Immobilienbesitz an Bedeutung. Parallel dazu nimmt die relative Bedeutung von Hypothekenrestschulden ab.

Das oberste Dezil unterscheidet sich nicht nur in der absoluten Vermögenshöhe von den anderen Dezilen. Das Vermögensportfolio hat auch eine andere Struktur. Bei dieser Personengruppen verliert die selbstgenutzte Immobilie an Relevanz und drei andere Komponenten gewinnen an Gewicht: der sonstige Immobilienbesitz, das Geldvermögen und das Betriebsvermögen. Auf der anderen Seite sind Hypothekenrestschulden auf eine eigene Immobilie von geringer Bedeutung, während Verbindlichkeiten aus Restschulden auf sonstige Immobilien überdurchschnittlich hoch ausfallen.

Betrachtet man statt der Höhe der verschiedenen Vermögenskomponenten das reine Vorhandensein (Inzidenz), oder mit anderen Worten den Anteil der Personen, die eine bestimmte Vermögensart halten, so wird ersichtlich, dass Kraftfahrzeuge mit einem Anteil von 60 Prozent am häufigsten verbreitet sind (Abbildung 8). Zudem wird diese Vermögensart auch in der oberen Hälfte der Vermögensverteilung überdurchschnittlich häufig gehalten. Diese Struktur findet sich auch für andere Komponenten. Private Versicherungen, Bausparguthaben oder auch Geldvermögen sind ab dem fünften Vermögensdezil besonders verbreitet.

Mehr als 80 Prozent der Personen des achten bis zehnten Dezils halten Vermögen in Form von selbstgenutzten Immobilien. Das oberste Dezil unterscheidet sich zudem von den anderen Dezilen dadurch, dass diese Personen mit knapp der Hälfte auch sonstige Immobilien besitzen, zu rund einem Fünftel über Betriebsvermögen und Wertsachen verfügen und auch bei den Hypotheken auf sonstige Immobilien mit 16 Prozent hervorstechen.

Am unteren Ende der Vermögensverteilung sind zwei Verbindlichkeiten besonders häufig anzutreffen. Dies sind Konsumentenkredite, die von rund der Hälfte der Personen aufgenommen wurden, und Ausbildungskredite, die 17 Prozent der Personen aus dem ersten Dezil aufweisen.

## Betriebsvermögen und Immobilien mit überdurchschnittlichem Wertzuwachs

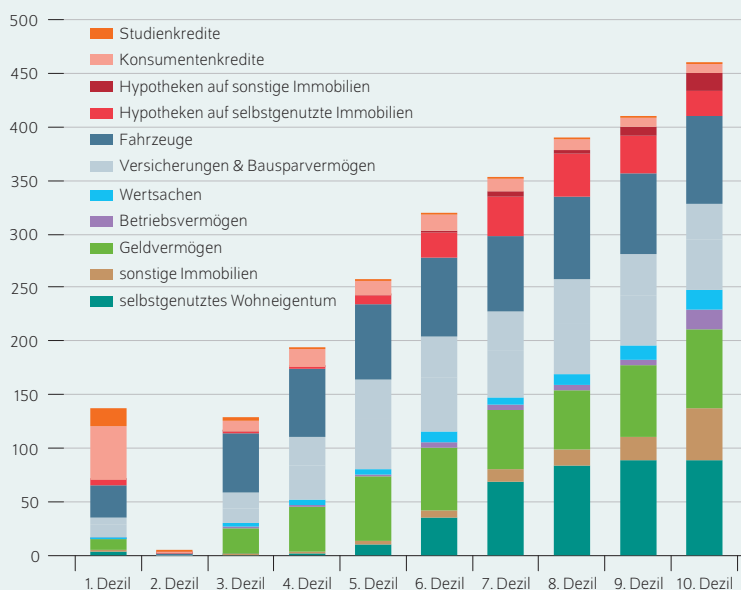
Zuletzt wird analysiert, wie sich die einzelnen Vermögenskomponenten im Zeitraum 2012 bis 2017 je VermögensbesitzerIn nominal im Wert verändert haben (Tabelle 2). Den absolut stärksten Wertzuwachs mit 45 000 Euro erfuhr das Betriebsvermögen für diejenigen, die angaben, diese Vermögensart zu halten. Der selbstgenutzte Immobilienbesitz stieg um 30 500 Euro an Wert, während der sonstige Immobilienbesitz um knapp 27 700 Euro an Wert gewann. Alle andere Bruttovermögenskomponenten veränderten sich in der absoluten Höhe deutlich geringer.

Auf Seiten der Verbindlichkeiten ist insgesamt ein Anstieg um 7 300 Euro zu beobachten, der bei den Hypotheken auf sonstige Immobilien mit rund 20 500 Euro überdurchschnittlich hoch ausfiel.

Abbildung 8

### Anteil der BesitzerInnen einer Vermögensart nach Dezilen des Nettovermögens

Kumulierte Prozentwerte für das Jahr 2017



Anmerkungen: Individuelle Nettovermögen der Personen ab 17 Jahren in Privathaushalten, ohne Personen der Flüchtlings-samples M3 bis M5.

Quelle: SOEPv34, mit 0,1 Prozent Top-Coding; eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2019

Personen aus dem untersten Vermögensdezil haben überdurchschnittlich oft Konsumentenkredite oder Studienkredite.

Tabelle 2

**Vermögenskomponenten in Deutschland**  
Mittelwert in Euro nur derjenigen, die die jeweilige Vermögenskomponente haben

	2002	2007	2012	2017	2017 inklusive dem Wert von Kraftfahrzeugen und nach Abzug von Studienkrediten	Absolute Veränderung 2012/2017
<b>Je erwachsener/m VermögensbesitzerIn Mittelwert in Euro</b>						
<b>Bruttovermögen</b>	<b>133 161</b>	<b>133 613</b>	<b>134 379</b>	<b>168 012</b>	<b>156 616</b>	<b>33 633</b>
selbstgenutztes Wohneigentum	139 277	138 981	139 910	170 437	170 437	30 527
sonstige Immobilien	174 275	184 439	167 929	195 581	195 581	27 652
Geldvermögen	22 758	27 241	29 445	36 560	36 560	7 115
Betriebsvermögen	219 652	217 160	198 735	244 076	244 076	45 341
Wertsachen	18 462	23 728	15 231	15 014	15 014	-217
Versicherungen & Bausparvermögen	20 037	20 093	18 857	21 779	21 779	2 922
Versicherungen <sup>1</sup>		18 871	16 978	21 401	21 401	4 423
Bausparvermögen <sup>1</sup>		9 895	9 904	10 491	10 491	587
Fahrzeuge					9 770	
<b>Schulden</b>	<b>53 325</b>	<b>51 744</b>	<b>50 069</b>	<b>57 415</b>	<b>54 400</b>	<b>7 346</b>
Hypotheken auf selbstgenutzte Immobilien	47 127	53 764	53 464	60 191	60 191	6 727
Hypotheken auf sonstige Immobilien	105 964	106 551	92 548	112 957	112 957	20 409
Konsumentenkredite	21 493	14 890	15 560	18 754	18 754	3 194
Studienkredite					8 047	

<sup>1</sup> In 2002 nicht getrennt erhoben.

Anmerkungen: Individuelle Nettovermögen der Personen ab 17 Jahren in Privathaushalten, ohne Personen der Flüchtlingssamples M3 bis M5, ohne den Wert von Kraftfahrzeugen und ohne die Restschuld von Ausbildungskrediten.

Quelle: SOEPv34, mit 0,1 Prozent Top-Coding; eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2019

**Fazit: Die staatliche Förderung der Vermögensbildung sollte neu ausgerichtet werden**

Das Nettovermögen hat in Deutschland im Zeitraum 2012 bis 2017 deutlich zugenommen und ist weiterhin sehr ungleich verteilt. Die Vermögensungleichheit hat sich in den letzten zehn Jahren kaum verändert und rangiert weiterhin auf einem auch im internationalen Vergleich hohen Niveau.

Im politischen Raum wird häufig die Vermögensteuer als ein Instrument vorgeschlagen, um die Vermögensungleichheit zu reduzieren. Zwar kann eine solche Steuer fiskalische Mehreinnahmen generieren, jedoch ist deren Erhebung mit verschiedenen Problemen verbunden. So ist ihre Wirkung auf die Vermögensungleichheit bei den diskutierten Steuersätzen vernachlässigbar.<sup>16</sup> Die Vermögensbestände müssten alle bewertet und regelmäßig aktualisiert werden. Zudem ist von Ausweichreaktionen auszugehen, da Vermögen ins Ausland verlagert werden dürfte. Als ertragsunabhängige Steuer kann die Vermögensteuer zudem in einer

<sup>16</sup> Vgl. Stefan Bach und Andreas Thiemann (2016): Hohes Aufkommenspotential bei Wiedererhebung der Vermögensteuer. DIW Wochenbericht Nr. 4, 79–89 (online verfügbar); Stefan Bach, Martin Beznoska und Viktor Steiner (2010): Aufkommens- und Verteilungswirkungen einer Grünen Vermögensabgabe: Forschungsprojekt im Auftrag der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen. Politikberatung kompakt 59, III (online verfügbar).

Rezession die negativen Auswirkungen des Abschwungs auf die Gesamtwirtschaft verschärfen.<sup>17</sup>

Will man anhand anderer politischer Maßnahmen das hohe Ausmaß an Vermögensungleichheit reduzieren, bietet es sich an, statt einer Vermögensteuer die Vermögensbildungspolitik neu auszurichten. Bisherige Maßnahmen waren noch nicht ausreichend, weil sie vielfach komplex, bürokratisch in der Beantragung, die Förderbeträge überschaubar und in der Regel zu gering waren, um nachhaltig Vermögenswerte auch bei unteren oder mittleren Einkommensschichten aufzubauen: So führt das erst kürzlich eingeführte Baukindergeld zu Mitnahmeeffekten und wirkt sich vor allem treibend auf die Immobilienpreise aus.<sup>18</sup> Die staatliche Wohnungsbau-prämie, die Arbeitnehmersparzulage und auch der steuerliche Freibetrag beim Erwerb von Belegschaftsaktien fördern nur einen begrenzten Personenkreis und diesen oft auch nur mit sehr geringen Beträgen. Auch die private Altersvorsorge durch staatliche Zuschüsse und Steuervorteile bei der Riester- oder Rürup-Rente trägt nicht ausreichend zur Vermögensbildung einkommensschwacher Haushalte bei.<sup>19</sup> Insgesamt beläuft sich das staatliche Fördervolumen zur Vermögensbildung derzeit auf weniger als vier Milliarden Euro und damit nur noch ein Drittel dessen, was noch 2004 zur Verfügung stand.<sup>20</sup> Auch der Sparerfreibetrag in Höhe von 801 Euro für eine Einzelperson wurde seit 2009 nicht mehr verändert und ist damit real deutlich gesunken.

Um die Vermögensbildung vor allem in der unteren Hälfte der Vermögensverteilung zu fördern, sollten die verschiedenen Instrumente gebündelt und fokussiert werden. Das staatliche Fördervolumen sollte zumindest wieder auf das Niveau des Jahres 2004, also zwölf Milliarden Euro, angehoben werden. Darüber hinaus bietet es sich an, insbesondere die private Altersvorsorge stärker an Modellen aus dem Ausland wie in Schweden zu orientieren, die eine weitaus höhere Rendite erzielen als die in Deutschland geförderten Riester- und Rürup-Renten.<sup>21</sup> Zudem sollte der private Immobilienbesitz effizienter gefördert werden, zum Beispiel durch ein staatliches Mietkaufmodell.<sup>22</sup>

<sup>17</sup> Vgl. Christoph Spengel, Lisa Evers und Maria Theresa Evers (2013): Probleme einer Vermögensteuer in Deutschland: Eine ökonomische Analyse. Vierteljahrsheft zur Wirtschaftsforschung, 82(1), 129–146 (online verfügbar).

<sup>18</sup> Vgl. Claus Michelsen, Stefan Bach und Michelle Harnisch (2018): Baukindergeld: Einkommensstarke Haushalte profitieren in besonderem Maße. DIW aktuell Nr. 14 (online verfügbar).

<sup>19</sup> Vgl. Kornelia Hagen und Axel Kleinlein (2011): Zehn Jahre Riester-Rente: kein Grund zum Feiern. DIW Wochenbericht Nr. 47, 3–14 (online verfügbar); Giacomo Corneo, Johannes König und Carsten Schröder (2015): Distributional Effects of Subsidizing Retirement Saving Accounts: Evidence from Germany. Economics Discussion Paper. School of Business & Economics, Freie Universität Berlin 18.

<sup>20</sup> Vgl. Timm Bönke und Henrik Brinkmann (2017): Privates Vermögen und Vermögensförderung in Deutschland. Bertelsmann Stiftung, Gütersloh.

<sup>21</sup> Vgl. Andreas Knabe und Joachim Weimann (2017): Die Deutschlandrente: Ein Konzept zur Stärkung der kapitalgedeckten Altersvorsorge. ifo Schnelldienst, 18, 25–33; Bundesrat (2018): Antrag des Landes Hessen. Entschließung des Bundesrates zur Stärkung der ergänzenden kapitalgedeckten Altersvorsorge. Drucksache 65/18. Vgl. auch das Vierteljahrsheft zur Wirtschaftsforschung 1/2019: „Zukunft der kapitalgedeckten Alterssicherung in Deutschland – zwischen Staatsfonds und individuellem Vermögenskonto“, im Erscheinen.

<sup>22</sup> Vgl. Peter Gründling und Markus M. Grabka (2019): Staatlich geförderter Mietkauf kann einkommensschwachen Familien Weg in die eigenen vier Wände ebnen. DIW Wochenbericht Nr. 29, 499–506 (online verfügbar).

## VERMÖGEN

---

**Dr. Markus M. Grabka** ist Senior Researcher der Infrastruktureinrichtung Sozio-oekonomisches Panel (SOEP) am DIW Berlin | [mgrabka@diw.de](mailto:mgrabka@diw.de)

**Christoph Halbmeier** ist Doktorand der Infrastruktureinrichtung Sozio-oekonomisches Panel (SOEP) am DIW Berlin | [chalbmeier@diw.de](mailto:chalbmeier@diw.de)

**JEL:** D31, I31

**Keywords:** Wealth Inequality, wealth portfolio, SOEP



## INTERVIEW

# „Die Vermögensbildungspolitik in Deutschland ist dringend reformbedürftig“

Dr. Markus M. Grabka ist Senior Researcher in der Infrastruktureinrichtung Sozio-oekonomisches Panel am DIW Berlin.

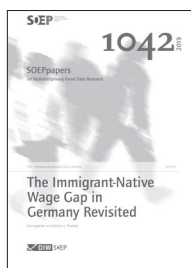
- 1. Herr Grabka, Sie haben untersucht, ob die Vermögensungleichheit in Deutschland weiter zunimmt. Wie groß ist die vielzitierte Schere zwischen Arm und Reich in Deutschland?** Die Vermögensungleichheit in Deutschland hat über die letzten zehn Jahre nicht weiter zugenommen, sondern verharrt auf einem im internationalen Vergleich weiterhin hohen Niveau. Wenn man das private Vermögen in der Mitte der Vermögensverteilung zu den oberen zehn Prozent ins Verhältnis setzt, so kann man sagen, dass die am oberen Rand etwa zehnmal so viel Vermögen halten wie diejenigen in der Mitte.
- 2. Wie hat sich das Nettovermögen der Deutschen in den letzten Jahren entwickelt?** Die Nettovermögen in Deutschland haben um mehr als 20 Prozent zugenommen. Nach unseren aktuellsten Zahlen aus dem Jahr 2017 beträgt das durchschnittliche Vermögen der erwachsenen Personen in Deutschland knapp 110 000 Euro. Der Median, also der Wert, der die untere Hälfte von der oberen Hälfte trennt, liegt etwa bei 26 000 Euro. Die größten Zuwächse hat es verständlicherweise bei denjenigen gegeben, die Immobilien besitzen. Insbesondere die selbstgenutzten Immobilien haben in Deutschland stark an Wert gewonnen und zwar um mehr als 25 Prozent. Aber auch das Betriebsvermögen hat in den Jahren zwischen 2012 und 2017 zugenommen.
- 3. Welches Bild zeigt sich, wenn man die Vermögenszuwächse mit dem Einkommen in Beziehung setzt?** Natürlich weisen diejenigen, die ein geringes Einkommen haben, üblicherweise auch ein geringes Vermögen auf, zumindest im Durchschnitt. Andererseits haben diejenigen, die aufgrund eines hohen Einkommens in der Lage sind zu sparen, auch eher ein hohes Vermögen. Wenn man sich aber die Veränderungen in den letzten fünf Jahren zwischen 2012 und 2017 ansieht, ist dort die Schere zwischen den Ärmeren und den Reicherer auseinandergegangen. Das heißt, die Einkommensschwachen haben sogar Vermögen abgebaut, während das Vermögen der Einkommensstarken, insbesondere natürlich der obersten zehn Prozent, weiter gewachsen ist.
- 4. Welche Unterschiede gibt es bei der Vermögensungleichheit zwischen Ost- und Westdeutschland?** Beim privaten Vermögen in Ost- und Westdeutschland zeigen sich weiterhin große Unterschiede, die vor allen Dingen je nach Alter der befragten Personen deutlich unterschiedlich ausfallen. Bei jungen Erwachsenen, die nach der Wiedervereinigung geboren wurden, sind die Vermögensunterschiede erfreulicherweise recht gering. Je älter jedoch die Personen sind, desto stärker zeigen sich die Vermögensdifferenzen. Das heißt, bei denjenigen, die in Westdeutschland aufgewachsen sind oder in Westdeutschland leben, insbesondere rund um das Verrentungsalter, liegen die durchschnittlichen Vermögen bei rund 200 000 Euro. In Ostdeutschland liegen die entsprechenden Werte bei unter 70 000 Euro. Das liegt vor allem daran, dass in der DDR das regelmäßige Sparen für die Kapitalakkumulation systembedingt nicht erwünscht war. Weiterhin wirken sich hier die geringeren durchschnittlichen Grundstückswerte in Ostdeutschland negativ aus.
- 5. Was kann die Politik tun, damit die Vermögensschere nicht noch weiter auseinandergeht?** Eine spontane Reaktion wäre natürlich die Einführung einer Vermögensteuer. Die ist aber mit diversen Problemen und bürokratischem Aufwand verbunden. Auch haben Steuersätze von zum Beispiel einem Prozent Vermögensteuer faktisch keine nennenswerte Außenwirkung auf die Höhe der Vermögensungleichheit. Daher lohnt es sich, auf alternative Politikinstrumente zu schauen. Die Vermögensbildungspolitik in Deutschland ist dringend reformbedürftig und die Förderbeträge sollten deutlich angehoben werden.

Das Gespräch führte Erich Wittenberg.



Das vollständige Interview zum Anhören finden Sie auf [www.diw.de/interview](http://www.diw.de/interview)

SOEP Papers Nr. 1042  
2019 | Kai Ingwersen, Stephan L. Thomsen



## The Immigrant-Native Wage Gap in Germany Revisited

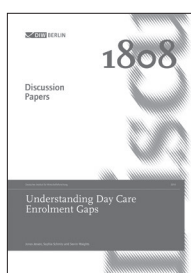
This study provides new evidence on the levels of economic integration experienced by foreigners and naturalised immigrants relative to native Germans from 1994 to 2015. We decompose the wage gap using the method for unconditional quantile regression models by employing a regression of the (recentered) influence function (RIF) of the gross hourly wage on a rich set of explanatory variables. This approach enables us to estimate contributions made across the whole wage distribution. To allow for a detailed characterization of labour market conditions, we consider a comprehensive set of socio-economic and labour-related aspects capturing influences of, e.g., human capital quality, cultural back-

ground, and the personalities of immigrants. The decomposition results clearly indicate a significant growing gap with higher wages for both foreigners (13.6 to 17.6 %) and naturalised immigrants (10.0 to 16.4 %). The findings further display a low explanation for the wage gap in low wage deciles that is even more pronounced within immigrant subgroups. Cultural and economic distances each have a significant influence on wages. A different appreciation of foreign educational qualifications, however, widens the wage gap substantially by 4.5 ppts on average. Moreover, we observe an indication of deterioration of immigrants' human capital endowments over time relative to those of native Germans.

[www.diw.de/publikationen/soeppapers](http://www.diw.de/publikationen/soeppapers)



Discussion Papers Nr. 1808  
2019 | Jonas Jessen, Sophia Schmitz, Sevrin Waights



## Understanding Day Care Enrolment Gaps

We document day care enrolment gaps by family background for children under 3 in Germany. Research demonstrates that children of less-educated or foreign-born parents benefit most from day care, making it important to understand the causes of such enrolment gaps. Using a unique data set that records both actual and preferred day care usage, we demonstrate that differences in demand cannot fully explain the enrolment gaps. Investigating supply-side factors using quasi-experimental designs, we find that reducing both parental fees and scarcity of places significantly decreases enrolment gaps by parental education but not by parental country of birth. We discuss implications.

[www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere](http://www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere)





JAKOB MIETHE

## Geldwäscherichtlinie: Sonnenlicht ist das beste Desinfektionsmittel

Jakob Miethe ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Weltwirtschaft am DIW Berlin. Der Kommentar gibt die Meinung des Autors wieder.

Noch in diesem Oktober berät der Bundestag über die deutsche Umsetzung der sogenannten fünften Europäischen Geldwäscherichtlinie. Das Ziel dieser Gesetzesänderungen – eigentlich sind es Nachbesserungen der vierten Geldwäscherichtlinie – ist es, internationale Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung zu erschweren. Dies soll vor allem durch höhere Transparenz von Firmenstrukturen wie Briefkastenfirmen und bessere Kontrolle spezieller Zahlungsarten wie Prepaid-Kreditkarten oder virtuelle Währungen geschehen.

Der grundlegende Mechanismus der internationalen Finanzkriminalität ist schlicht das Verschleiern von Identität. Ob SteuerhinterzieherInnen, Terrorismusfinanziers, SanktionsbrecherInnen oder DrogenschmugglerInnen: Sie verstecken sich hinter einem Konstrukt aus Briefkastenfirmen und möglichst anonymen Bankkonten. Auch wenn die genannten Verbrechen sehr unterschiedlicher Natur sind, macht es die Verschleierung von Identität in den gleichen Steueroasen und teilweise mit den gleichen juristischen Konstrukten unmöglich zu unterscheiden, welche Art von Kapital hinter einer Investition aus einem Luxemburger Fonds steckt, der in den Berliner Wohnungsmarkt investiert. Genau hier setzt die Geldwäscherichtlinie an, indem sie die EU-Mitgliedsstaaten anhält, öffentliche Register der letztlich Begünstigten von in der EU ansässigen Firmen anzulegen, die die Banken in Erfüllung ihrer Sorgfaltpflicht beispielsweise vor der Kreditvergabe konsultieren müssen. Die Ziele der Richtlinie sind daher sehr zu begrüßen.

Bei den wichtigsten Punkten allerdings hinkt Deutschland im internationalen Vergleich weit hinterher. So ist das Ziel eines einheitlichen zentralen Immobilienregisters beispielsweise noch in weiter Ferne. Der Berliner Senat selbst weiß nicht, wem eine Immobilie in der Hauptstadt letztlich gehört. Die dünne Datenlage behindert auch wissenschaftliche Forschungsprojekte in diesem Bereich. Erst die Debatte über die rasant steigenden Mieten hat dafür gesorgt, dass JournalistInnen und MieterInnen selbst solche Daten zusammengestellt haben. Qualitative Beispiele haben tausende Wohnungen in den Händen einzelner EigentümerInnen zutage gefördert.

Ein gutes Beispiel könnte sich Deutschland an einem anderen (Noch-)EU-Mitglied nehmen: Das Vereinigte Königreich, dem wegen der vielen Steueroasen in seinen Überseegebieten und Kronbesitztümern völlig zu Recht eine zwiespältige Rolle im Tauziehen um Finanztransparenz nachgesagt wird, hat sich selbst und seine Überseegebiete bereits zur Erstellung von Registern der letztlich Begünstigten verpflichtet. Auch ein kompletter Datensatz aller Immobilien in London und deren eingetragenen BesitzerInnen ist öffentlich frei verfügbar. Ein weiterer Datensatz beleuchtet Immobilien, die über Offshore-Finanzplätze gehalten werden. Ein Register der letztlich Begünstigten solcher Investitionen ist bereits seit dem Jahr 2017 in Arbeit. Wenn solche Fortschritte während des Brexit-Chaos möglich sind, stellt sich die Frage, was Deutschland bisher von solchen Schritten abgehalten hat.

Die Geldwäscherichtlinie bietet die Chance, moderne öffentlich zugängliche Datensätze zu Immobilien- und Firmenbesitz zu schaffen. Sie sollte möglichst umfassend umgesetzt werden. Leider empfahl der Bundesrat, der den Entwurf der Richtlinie am 20. September debattierte, beispielsweise die Sorgfaltpflichten von Immobilienmaklern nicht auszuweiten.

Es bleibt zu hoffen, dass sich der Bundestag solchen Verwässerungen nicht anschließt. Sonnenlicht ist das beste Desinfektionsmittel. Die geforderten Datensätze würden bei der Eindämmung internationaler Finanzkriminalität auf mehreren Ebenen helfen. Die öffentliche Verwaltung könnte besser informiert agieren, ebenso wie die kritische Öffentlichkeit – auch an den Finanzmärkten. Aber auch die empirische Forschung wäre in der Lage, die Hintergründe der internationalen Finanzkriminalität besser zu beleuchten. Wenn der Bundestag also an einer Verbesserung der Transparenz undurchsichtiger Finanzkonstruktionen interessiert ist, wäre der Oktober ein guter Zeitpunkt dafür.